Antrag A11: Wer Demokratie unterrichtet, verdient unseren Schutz – Solidarität mit angegriffenen Lehrkräften

Antragsteller*in:	LAG Bildung und Schule, Kreisverband Oberhavel
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir stehen an eurer Seite

Die Linke Brandenburg steht solidarisch an der Seite der Lehrerinnen und Lehrern, den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und allen weiteren an den Schulen, Fach- und Hochschulen des Landes Brandenburg Mitarbeitenden, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und antidemokratische Angriffe im Schulalltag engagieren, sich mit ihrer Haltung für Schulen als Lernorte von Demokratie und Menschlichkeit einsetzen und die dafür von AfD-Mitgliedern, AfD-Mandatsträger*innen oder anderen Rechten an den öffentlichen Pranger gestellt, beschimpft oder bedroht werden. Wer so angegriffen wird, soll wissen: Ihr seid nicht allein.

Ein klares Ja zum Beutelsbacher Konsens

Für uns ist der Beutelsbacher Konsens die Grundlage politischer Bildung, und dazu bekennen wir uns ausdrücklich. Die Schule ist kein politisch neutraler Ort! Sie ist den demokratischen Prinzipien und Werten, wie etwa dem Schutz der Würde des Menschen und dem Schutz vor Diskriminierung, verpflichtet. Politische Bildung als Unterrichtsfach und Schulprinzip leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung unserer Demokratie.

Was in der Gesellschaft umstritten ist, muss auch im Klassenraum umstritten bleiben, und am Ende sollen junge Menschen sich ihr eigenes Urteil bilden und sich einmischen können. Das heißt aber nicht, dass Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen bei Angriffen auf die Menschenwürde und unsere demokratische Grundordnung wegschauen müssen.

Grundgesetz und Landesverfassung schützen

Artikel 1 des Grundgesetzes aber auch der Artikel 28 unserer Landesverfassung beschreiben den Rahmen für einen Unterricht, der die die Achtung der Würde anderer Menschen, die Anerkennung von Demokratie und Freiheit und ein friedliches, solidarisches Miteinander der Kulturen und Völker fördert.

Das Brandenburger Schulgesetz greift das in § 4 auf und regelt im 2024 eingeführten § 64a unmissverständlich, dass verfassungsfeindliche Handlungen an Schulen nichts zu suchen haben und rassistische, antisemitische oder NS-verherrlichende Vorfälle gemeldet werden müssen. Lehrkräfte, die sich daranhalten, handeln im Auftrag des Staates.

Wir verurteilen die Angriffe!

Wir verurteilen es, wenn die AfD und andere rechte Kräfte über Posts in sozialen Medien, das öffentliche Nennen von Schulen und Namen, Dienstaufsichtsbeschwerden oder Anfragen im Parlament die pädagogischen Fachkräfte unter Druck setzen.

Unser entschiedener Widerstand gilt denen, die Lehrende einschüchtern und demokratische Bildung aus der Schule verbannen wollen. Das lassen wir nicht zu.

Schule ist ein Lernort für Demokratie und Ziviligesellschaft und schützt die, die lernen, und die, die lehren, in der Grundschule genauso wie an der Hochschule.

Angegriffene Lehrkräfte brauchen konkrete Hilfe und keine warmen Worte.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf,

- ihre Fürsorgepflicht als Dienstherr ernst zu nehmen und Betroffenen kostenlos Rechtsberatung, Rechtsbeistand und psychologische Unterstützung anzubieten,
- in jedem Staatlichen Schulamt eine feste Ansprechperson einzurichten, an die sich Lehrkräfte wenden können, wenn sie wegen ihrer demokratiepädagogischen Arbeit angegriffen oder bedroht werden,
- eine verbindliche Handreichung zu Neutralitätsgebot und Beutelsbacher Konsens herauszugeben, die klarstellt: Die kritische Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Positionen gehört zum Bildungsauftrag. Viele Kolleg*innen sind hier verunsichert, und genau diese Unsicherheit nutzt die AfD aus,
- erkennbar politisch motivierte Dienstaufsichtsbeschwerden zügig und transparent zu bearbeiten und die Betroffenen dabei nicht monatelang allein und im Ungewissen zu lassen,
- Drohungen gegen Lehrkräfte konsequent anzuzeigen und die Strafverfolgung aktiv zu unterstützen,
- Fortbildungen zu Demokratiebildung, zum Umgang mit Rechtsextremismus

und zu Hass und Anfeindungen im Netz dauerhaft zu finanzieren,

- Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und die Arbeit der Mobilen Beratungsteams abzusichern und auszubauen,
- an den Hochschulen gleichwertige Schutz- und Unterstützungsstrukturen zu schaffen, damit die Freiheit von Lehre und Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG) dort genauso wirksam geschützt wird.

Unsere Solidarität für Eure Haltung!

Wir stehen solidarisch zu den angegriffene Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und und allen weiteren an den Schulen, Fach- und Hochschulen des Landes Brandenburg Mitarbeitenden! Wir werden öffentlich und laut dazu Stellungbeziehen, in Kreistage und Kommunalvertretungen Solidarität einfordern. Wir bitten unsere Bundestagsabgeordneten aktiv Angriffen auf den Beutelsbacher Konsens abzuwehren und für Bildungsprogramme wie „Demokratie leben!“ und „Schule ohne Rassismus“ zu streiten.

Wir unterstützen die GEW-Kampagne „Schule zeigt Haltung – Jetzt Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze“ und arbeiten eng mit Schüler*innen- und Elternvertretungen und mit zivilgesellschaftlichen, demokratischen Bildungsinitiativen vor Ort zusammen.

Begründung

Der Druck auf Lehrkräfte in Brandenburg ist nicht neu, aber er wächst.

Schon 2018 hat die AfD-Landtagsfraktion ein Portal online gestellt, auf dem Schülerinnen und Eltern Lehrerinnen melden sollten, die sich kritisch über die Partei äußern.

2023 haben zwei Lehrkräfte aus Burg im Spreewald rechtsextreme Vorfälle an ihrer Schule öffentlich gemacht. Danach tauchten Aufkleber mit ihren Gesichtern auf, sie wurden aus der rechten Szene massiv angefeindet und haben die Schule schließlich verlassen.

Im Oktober 2025 hat eine AfD-Landtagsabgeordnete in einem Video den Namen einer Schule in Teltow genannt, weil der Schulleiter einem Schüler ein Praktikum bei der AfD nicht genehmigt hatte. Kurz darauf wurde er bedroht.

In diesem Jahr hetzte eine Elterninitiative mit aktiver Unterstützung der AfD in den sozialen Medien gegen Lehrende einer Grundschule, die sich als „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ engagiert.

Bundesweit hat sich die Zahl der AfD-Anfragen zu angeblichen Neutralitätsverstößen

von

Lehrkräften zwischen 2024 und 2025 verdoppelt.

Das bleibt nicht folgenlos: Immer mehr Lehrende und Schulsozialarbeiter*innen überlegen sich zweimal, ob sie das Thema Rechtsextremismus im Unterricht überhaupt noch anfassen. Genau darauf setzt die AfD.

Dabei hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Januar 2026 bestätigt, dass Schulen bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags einen weiten pädagogischen Spielraum haben.

Diesen Spielraum müssen Lehrkräfte auch nutzen können, ohne Angst um ihre Sicherheit oder ihren Job.

Demokratie lernt man in der Schule. Deshalb müssen wir sie dort auch verteidigen.